

Stolper Post

Tageszeitung
für Stadt und Land



Amtliches
Publikations-Organ

Erscheint wöchentlich sechsmal. Bezugspreis für den Monat 75 Goldpfennig. Bei der Post für den Monat 80 Goldpfennig. Geschäftsstelle und Schriftleitung: Stolp, Präsidentenstr. 45. Fernsprecher 18.

Anzeigenpreis: Die 6spaltene Kleinzeile oder deren Raum 20 Goldpfennig, für Inserenten im Stadtbezirk Stolp 10 Goldpfennig, für Stellengesuche und Familienanzeigen 50% Nachlaß; die 3spaltene Reklamezeile 50 Goldpfennig. Anzeigenannahme für denselben Tag bis vormittags 10 Uhr.

Mit Gott für Volk und Vaterland

Nr. 91

Stolp, Mittwoch, den 20. April 1927

51. Jahrgang

Ein Staatsstreich Tschanglajschels.

Bildung einer neuen Regierung.

Der Bruch Tschanglajschels mit den Kommunisten hat sich jetzt endgültig vollzogen. Eine von Tschanglajschel einberufene Komminternkonferenz verkündete in öffentlicher Sitzung die formale Errichtung einer neuen Regierung in Kanton. In Kanton befindet man einen Angriff Tschanglajschels. 7000 Mann Truppen sind nach Wuhu entsandt worden, um einem solchen Versuch zu begegnen. Im übrigen hat das Kantauer Zentral-Komitee der Kommintern unter Vorsitz von Wang Tsching bei den Ausschluß Tschanglajschels aus der Partei und die Entziehung des Oberkommandos beschlossen.

Bei der Neubildung des gemäßigten Kabinetts will Tschanglajschel den nichtkommunistischen Ministern die Weibehaltung ihrer Ämter anbieten, in erster Linie dem bisherigen Außenminister der Südregerung Eugen Tschien. In bezug auf die weitere Tätigkeit des Russen Borodin soll der General-Exekutivrat zu Kompromissen bereit sein. Die Entscheidung der Südregerung über die Forderungen ihres bisherigen General-Sekretärs steht noch aus.

Wie der Sonderberichterstatter der Agentur Havas aus Schanghai meldet, sollen angesichts der kommunistenfeindlichen Bewegung in Schanghai, Kanton und Hankau und des drohenden Vormarsches Tschanglajschels die Mitglieder der Kommintern beabsichtigen, sich nach Tschangtscha, der Hauptstadt von Hunen, zu begeben, wo ein kommunistisches Terrorregime herrscht. Der nationalistische Gouverneur von Schanghai habe die Führer der extremen Gewerkschaften hinhalten lassen und gehe scharf gegen die Kommunisten vor.

Tschanglajschels Ziele.

Die von Tschanglajschel im Zusammenhang mit dem Staatsstreich verkündeten Grundsätze sind: 1. Wiederherstellung des Komintern nach konservativen chinesischen Grundsätzen, 2. Fortführung der Revolution, um alle Chinesen um die nationalistische Flagge zu scharen, 3. Fortführung des militärischen Kampfes gegen Norden mit dem schlechtesten Ziel der Einnahme Peking, 4. Aufhebung der einseitigen Verträge und Rückgabe der ausländischen Konzessionen an die Chinesen durch Verhandlungen.

Das Vorgehen gegen die Kommunisten in Kanton.

Wie Reuter aus Kanton meldet, wurden bei den gestrigen Kämpfen mit den Kommunisten in Kanton ungefähr 100 Kommunisten getötet und 1500 verhaftet. Es wurde viel Munition erbeutet. In der Stadt herrscht gegenwärtig Ruhe. Auch in Schanghai wurde die kommunistische Agitation durch die Truppen Tschanglajschels unterdrückt. Es verharren nur noch verhältnismäßig wenig Arbeiter im Ausstand.

Gesandtschaftsabschiffe in Peking.

Peking, 19. April. Die noch zurückgebliebenen Beamten der Sowjetbotschaft einschließlich der Geschäftsträger, die infolge der letzten Ereignisse Peking zu verlassen beabsichtigten, sind heute früh abgereist.

Nach Meldungen aus Peking haben, obwohl die Panik unter den Ausländern erheblich nachgelassen hat, alle Gesandtschaften besondere Verteidigungsmaßnahmen getroffen. Die amerikanische Gesandtschaft hat sogar Vorkehrungen für die Aufstellung von Geschützen treffen lassen. Die britische Gesandtschaft hat einen vorgeschobenen Posten, der die Stadtmauer und die Sowjetbotschaft beherrscht, eingerichtet.

Nach weiteren Meldungen aus Schanghai haben die nationalistischen Truppen bei ihrem Sieg über die Nordtruppen 13 000 Gefangene gemacht.

Die Antwort an die Mächte.

Der Staatsstreich Tschanglajschels dürfte die Mächte in einige Verlegenheit bringen, da sie bald gar nicht mehr wissen werden, an wen sie sich eigentlich zu halten haben. In den nächsten Tagen hatte eine neue Fünf-Mächte-Note überreicht werden sollen, in der erklärt wird, daß die Mächte, wenn ihre Forderungen nicht prompt erfüllt werden, Sanktionen zur Anwendung bringen. Es wird nicht ganz leicht sein, unter den obwaltenden Verhältnissen die Note an die richtige Adresse gelangen zu lassen.

Neue Zuspitzung im Balkankonflikt.

London, 19. April. Wie der diplomatische Korrespondent des "Daily Telegraph" berichtet, ist in den Kanzleien der europäischen Regierungen und in Genf neue Besorgnis wegen des albanisch-jugoslawischen Konfliktes entstanden. Die Besorgnis ist vor allem durch den Wechsel im serbischen Außenministerium hervorgerufen worden, da der neue serbische Außenminister unachgiebiger sei als beide Vorgänger. Der Ton der serbischen und italienischen Presse gebe mehr und mehr Grund zur Besorgnis.

Berlin, 19. April. Die neuerliche Zuspitzung der Lage im Albanien-Konflikt, die durch die drohende Sprache der italienischen Presse und durch das Sträuben der italienischen Regierung gegen eine Aufnahme direkter Verhandlungen mit

Jugoslawien gekennzeichnet ist, wird in Berliner politischen Kreisen aufmerksam verfolgt und ziemlich ernst beurteilt. Italien hat sich offenbar von seiner ersten Bestürzung, England auf der Seite seiner Gegner zu finden, allmählich erholt und sucht nun anscheinend der von England in dem vor etwa drei Wochen überreichten Memorandum erhobenen kategorischen Forderung auf Einleitung direkter Verhandlungen mit Jugoslawien durch passive Resistenz zu begegnen. Vorläufig verweigert sich die italienische Regierung hinter der Ausrede, daß ihr die Einleitung von Verhandlungen nicht möglich sei, solange nicht Mussolini vom Osterurlaub nach Rom zurückkehrt. Die Folge ist, daß man in Paris und namentlich in London ungeduldig zu werden beginnt. Ein in warnendem Ton an die Adresse Italiens gerichteter Artikel der "Times", der nach Ansicht Berliner diplomatischer Kreise zweifellos vom Foreign Office inspiriert ist, droht bereits für den Fall einer weiteren Zutrauensgenz Italiens „andere Mittel“ an, um den Konflikt aus der Welt zu schaffen. Ob England dabei in die Inangriffnahme der bekannten Albanienkommission, an der leider auch Deutschland beteiligt ist, denkt oder vielleicht an eine Intervention des Völkerbundes, ist noch nicht klar ersichtlich.

Paris, 19. April. „Petit Parisien“ läßt sich aus Belgrad melden, daß die friedliche Regelung des italienisch-jugoslawischen Streitfalles durch die hartnäckige Haltung der italienischen Regierung aufgegeben zu sein scheint. Das offizielle Kommuniqué, in dem Rom seine Absicht behauptet, keine Intervention des Titaner Abkommens zuzulassen, komme einem Bruch gleich. Die Regierung von Belgrad, die sich an die Anregungen der Großmächte halte, werde ihren Standpunkt in der Frage der internationalen Lage Albaniens nicht ändern. Das Problem scheint als unlösbar und der Horizont des Balkans verdußelt sich aufs neue. Die Regierung in Rom scheint zu den schlimmsten Eventualitäten bereit zu sein. Die Großmächte müßten in dem Konflikt intervenieren, dessen Ernst man sich nicht verhehlen könne.

Deutsch-russischer Telegrammwechsel.

Zum fünften Jahrestag des Rapallovertrages.

Berlin, 16. April. W. V. Der stellvertretende Volkskommissar des Auswärtigen der Sowjetunion, Herr Litwinow, hat an den Reichsminister des Auswärtigen, Dr. Stresemann, das nachstehende Telegramm gerichtet:

„Am 5. Jahrestage der Unterzeichnung des Rapallo-Vertrages, welcher die Grundlage der freundschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und der Union festgelegt hat, betrachte ich es als meine angenehmste Pflicht, Sie, Herr Reichsminister, sowie die Reichsregierung zu begrüßen. Unsere beiden Regierungen haben stets an den Prinzipien des Rapallo-Vertrages festgehalten, was besonders auch beim Abschluß des Vertrages vom 12. 10. 1925 und des Berliner Vertrages vom 24. April 1926 zum Ausdruck gekommen ist. Die Regierung der Union ist der vollen Ueberzeugung, daß die Befestigung und der Ausbau der freundschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Deutschland und der Union vollkommen den Interessen beider Länder entsprechen. Ich bin fest überzeugt, daß die im Laufe der fünf Jahre sich so gut bewährten Grundsätze des Rapallo-Vertrages auch im weiteren die Voraussetzung für die günstige Entwicklung der sowjet-deutschen Beziehungen und für die Wahrung des Friedens, der für die Völker der ganzen Welt so nötig ist, dienen werden.“

Der Reichsaußenminister hat Herrn Litwinow darauf mit folgendem Telegramm geantwortet:

„Für die freundlichen Worte, die Sie, Herr Volkskommissar, aus Anlaß des fünften Jahrestages des Vertrages von Rapallo an mich gerichtet haben, danke ich Ihnen verbindlich. Sie können überzeugt sein, daß die Gedanken, die Sie in Ihrem Telegramm zum Ausdruck bringen, nicht nur bei mir persönlich, sondern auch bei der Reichsregierung lebhaften Widerhall finden. Ich teile Ihre Ueberzeugung, daß die auf der Grundlage des Vertrages von Rapallo eingeleitete und durch den Vertrag vom 12. Oktober 1925, sowie durch den Berliner Vertrag vom 24. April 1926 bekräftigte freundschaftliche Zusammenarbeit zwischen der Sowjetunion und Deutschland den Interessen der beiden Länder dient und hege den aufrichtigen Wunsch, daß die in jenen Verträgen festgelegten Grundsätze sich auch in Zukunft bewähren und zur Rettung des allgemeinen Friedens beitragen mögen.“

Die Kolonialfrage erneut hinausgeschoben!

Berlin, 16. April. In Pariser Blättern erschienen heute morgen Informationen, wonach die Reichsregierung beabsichtige, auf der Junitagung des Völkerbundesrates die Frage der Zuteilung von einem oder mehreren Kolonialmandaten an Deutschland aufzuwerfen. Reichsminister Dr. Stresemann habe dem englischen Vorkämpfer in Berlin anlässlich einer Unterredung in der vergangenen Woche erklärt, daß er genötigt sei, binnen kurzem das Kolonialproblem vor dem Völkerbund zur Debatte zu stellen.

An zuständiger Stelle wird bestritten, daß Dr. Stresemann anlässlich seiner letzten Unterredung mit dem englischen Vorkämpfer das Kolonialproblem in irgendeiner Weise berührt habe. Auch die Reichsregierung habe sich, so wird weiter erklärt, mit der ganzen Frage noch keineswegs beschäftigt, sodas es im Augenblick absolut abwegig sei, von irgendwelchen Absichten zu sprechen, die Kolonialfrage bereits auf der nächsten Völkerbundsversammlung aufzuwerfen. Es läßt sich im übrigen leider nicht verhehlen, daß die Aussichten für den etwaigen Erfolg derartiger Versuche gegenwärtig äußerst gering sind. Man ist sich in Berliner maßgebenden politischen Kreisen so ziemlich darüber im klaren, daß unter den gegenwärtigen Konstellationen Deutschland, wenn überhaupt ein Kolonialmandat, so doch nur ein verhältnismäßig wertloses erhalten könnte, da die im Besitz der großen ehemals deutschen Kolonien befindlichen Mandatarstaaten allmählich den Wert dieser Gebiete selbst erkannt haben und deshalb im Augenblick zu einem Verzicht viel weniger geneigt sind, als etwa noch vor einigen Jahren.

Im einzelnen muß eine Wiederkehr des ehemaligen Deutsch-Südwest-Afrika in deutschen Besitz leider von vornherein als aussichtslos angesehen werden, da dieses Land mittlerweile integrierender Bestandteil der südafrikanischen Union geworden ist. Auch an dem ehemaligen Deutsch-Ost-Afrika erhebt neben England, das das Mandatsgebiet zurzeit verwaltet, seit neuerer Zeit auch Italien Anspruch. Die italienischen Ansprüche sind aber von maßgebender englischer Seite bereits in einer Form zurückgewiesen worden, die deutlich erkennen läßt, daß man in England selbst keineswegs daran denkt, auf „Tanganika“ (der jetzige Name Deutsch-Ost-Afrikas) zu verzichten. Was das ehemalige Deutsch-Kamerun betrifft, so befindet sich der weit-aus größte südliche Teil im Besitz der Franzosen, die zwar dem Vernehmen nach verwaltungsmäßig und kolonialistisch in diesem Besitz nur Mißerfolge erzielt und daher selbst wenig Freude an dem neuen Erwerb haben, andererseits sich aber aus Prestige-Gründen hartnäckig gegen eine Rückgabe sträuben. Weibt nur das kleinere, gegenwärtig von England verwaltete Neu-Kamerun, dessen Rückgabe an Deutschland im Laufe der letzten Jahre auch tatsächlich bereits mehrmals in Erwägung stand. Es handelt sich bei diesem Gebiet jedoch um so wenig umfangreiche und verkehrstechnisch merschlössene Territorien, daß sich der Ausbau einer deutschen Kolonialverwaltung nur wegen Nordamerikas nach der übereinstimmenden Auffassung aller einsichtigen kolonialpolitischen Kreise Deutschlands auf keinen Fall lohnen würde.

Infolgedessen müssen die deutschen Kolonialhoffnungen wohl noch eine Weile zurückgestellt bleiben, wenn auch selbstverständlich niemals die Rede davon sein kann, daß Deutschland je auf seine berechtigten Ansprüche auf Kolonialbesitz Verzicht leistet.

Die russische Außenpolitik.

Bericht Rykoffs über die auswärtige Lage der Sowjetunion.

Moskau, 19. April. (Telegraphenagentur der Sowjetunion.) In einem dem Rätekongreß erstatteten Bericht erklärte Rykoff:

Durch die internationale Lage und die zunehmende Aktivität sowjetfeindlicher politischer Gruppen wird eine erhebliche außenpolitische Spannung geschaffen. Wiederholte Versuche, einen Antisowjetblock zu bilden und einen militärischen Konflikt zwischen der Sowjetunion und China zu provozieren, schaffen eine überaus verwickelte Lage und bedrohen die Sache des Friedens. Der Stand der englisch-sowjetrussischen Beziehungen kennzeichnet die gespannte internationale Lage. In dem die englische Regierung die Note absandte, verfolgte sie den Zweck, die westeuropäischen Staaten gegen die Sowjetunion zusammenzuschließen. In diesem Sinne hatte die Note einen gewissen Einfluß auf die italienische Regierung, die das besorgniserregende Protokoll ratifizierte, das vom Standpunkt der Sowjetregierung der Rechtsverbindlichkeit entbehrt.

Rykoff wies dann den Vorwurf wegen der Nichtzugehörigkeit der Sowjetunion zum Völkerbund zurück und erklärte: In der ganzen Zeit seines Bestehens war der Völkerbund lediglich ein Werkzeug zur Festigung der Herrschaft gewisser Staaten über andere. Der Völkerbund hat in die Lage in China nicht eingegriffen. Die Sowjetunion bezweifelt, daß vom Völkerbund einberufene Abrüstungskonferenzen wirklich auf den Frieden hinarbeiten. Die Sowjetunion ist bereit, gänzlich abzurufen, falls alle Mächte dies tun. Die vor kurzem im englischen Parlament aufgestellte Behauptung, daß die Sowjetunion sich angeblich sehr intensiv zum chemischen Krieg rüste, ist unwahr. Auf allen Gebieten der Kriegsindustrie wird die Sowjetunion von den bürgerlichen Staaten übertroffen.

Zu den Ereignissen in China bemerkte Rykoff unter Hinweis auf die ziffermäßigen Angaben über die in China befindlichen ausländischen Streitkräfte, daß die Intervention der Mächte in China tatsächlich bereits begonnen habe. Neben der Intervention und der tatsächlichen Unterstützung der Militärischen im Norden versuchen die Mächte, eine Spaltung im Lager der nationalen Freiheitsbewegung zu schaffen. Die Zustim-

nung der Mächte zum Ueberfall auf die Sowjetbotschaft in Peking bedeutet einen Versuch, die Sowjetunion zum Krieg gegen China herauszufordern. Die Sowjetregierung wird auf die Provokation nicht eingehen. — In den Beziehungen zwischen Sowjetrußland und Deutschland erklärte Njostoff, daß diese Beziehungen nach dem Rapallo-Vertrag erheblich ausgebaut und gefestigt wurden. Die deutsche Regierung hat die nach Locarno erscheinende Mitteilung, daß Deutschland sich verpflichtet, durch sein Gebiet im Falle eines Krieges mit der Sowjetunion Truppen durchzulassen, offiziell dementiert. Die Sowjetregierung geht davon aus, daß Deutschland sich nicht zu feindseligen Aktionen ausnutzen lassen wird. Die Gewährung eines 100-Millionen-Kredits seitens Deutschlands an die Sowjetunion erweist, daß die Freundschaftspolitik, die von beiden Regierungen nach Rapallo durchgeführt wird, sich auf dem Gebiete wirtschaftlicher und kultureller Beziehungen vollkommen bewährt.

Von besonderer Bedeutung für die Politik der Sowjetregierung sind die Handelsstaaten und Völkern, denen gegenüber die Sowjetregierung die Politik des Friedens durchführt, die sie durch Garantiepakete zu festigen sucht. Ein Hindernis ist daraus erwachsen, daß Polen die Rolle eines Garantenspielen wolle. Auf eine detaillierte Verhandlungsmethode konnte die Sowjetregierung nicht eingehen. Die Sowjetunion ist bestrebt, die baltischen Staaten für die Entwicklung ihrer Wirtschaftsbeziehungen zur Sowjetunion zu interessieren und diese wirtschaftlichen Bande zu festigen und zu entwickeln.

Unmaßung der Entwaffnungs-Kontrollleure.

Paris, 16. April. Nach einer Meldung des „Journal“ und anderer Blätter sollen die alliierten Militärattachés (?) in Berlin einen Protest bei der Völkerversammlung über die Haltung der deutschen Militärbehörden eingereicht haben, die sie gehindert hätten, die Zerstörungsarbeiten in Königsberg, Rastenburg und Glogau an Ort und Stelle zu verfolgen. Aufräumarbeiten in Königsberg sind durch die deutsche Regierung nicht eingeleitet. Die Sowjetunion ist bestrebt, die baltischen Staaten für die Entwicklung ihrer Wirtschaftsbeziehungen zur Sowjetunion zu interessieren und diese wirtschaftlichen Bande zu festigen und zu entwickeln.

Es ist bekannt, daß von den im Dezember und Januar endgültig geregelten Restpunkten der Entwaffnungsfrage einige, wie namentlich die vereinbarten Zerstörungsarbeiten an den Öfen, praktisch noch der Durchführung bedürfen. Diese Durchführung ist im Gange und nimmt ihren normalen Verlauf. Von einer Kontrolle der deutschen Maßnahmen in der Form, wie sie von der interalliierten Militärkontrollkommission ausgeübt wurde, kann nach der Zurückziehung dieser Kommission keine Rede sein. Dagegen entspricht es der Natur der Sache, daß über die Durchführung der deutschen Maßnahmen eine authentische Feststellung erfolgt. Hierüber finden fortlaufend diplomatische Erörterungen statt, an denen auch die auf Grund des Genfer Protokolls vom 12. Dezember den beteiligten hiesigen Botschaften zugeteilten Sachverständigen beteiligt sind. Es kann damit gerechnet werden, daß die ganze Angelegenheit auf diese Weise unschwer ihre Erledigung finden wird.

Die Unsicherheit in Berlin.

Schreiben des Magistrats an den Berliner Polizeipräsidenten. Berlin, 19. April. Der Magistrat hat an den Polizeipräsidenten, entsprechend einer Eingekommenheit der Stadverordnetenversammlung wegen der Sicherung von Ruhe, Sicherheit und Ordnung auf den Straßen, ein Schreiben gerichtet, in dem es heißt:

Züerböter.

Von Wilhelmine Fied.

(20 Fortsetzung).

(Nachdruck verboten)

„Nichts. Die Kette tragen, das sollst du. Weiter nichts,“ rief er verächtlich. Josephine würde das Schmuckstück bald genug an eine Weerts nähig gewaschenem Hals bemerken. Tag reihte sich an Tag unter den Arbeiten, die jeder Herbst dem Landmann bringt. Auf den Feldern zog der Pflug die Furchen für die Ernte des nächsten Sommers, und die Sämaschine folgte ihm nach. Kartoffeln und Rüben wurden zur Stadt gefahren, und der Erlös entlockte Jürgen seit Wochen das erste Lächeln. Nur er niemand mehr hatte, für den er arbeitete, kam ihm die gefährliche Freude am Gewinn um des Gewinnes willen. Die Zeit, die er sonst bei Josephine verbracht hatte, verfas er jetzt über seinen Büchern, zählte und verglich, erzog mögliche Erparnisse und errechnete die Summen, die nach Abzug aller Unkosten etwa auf die Bank wandern konnten. Zwischen den Gerümpelungen krieg der neue Stall allmählich empor, und wie früher trieb Jürgen die Maurer an, das konnte er nun einmal nicht lassen; für volle Bezahlung volle Arbeit, das war sein Recht. Mit einem trotzigen, gestumpften Lächeln auf dem Gesicht ging er zwischen ihnen umher und begleitete ihr Tun mit wachsamem Blicken. Vermutlich munkelten sie hinter seinem Rücken, was alle Welt munkelte und was seine Braut geglaubt hatte. Gut, mochten sie! Sie sollten sehen, daß er nach keines Menschen Meinung fragte. Das taten sie auch und sagten zu einander: „Sei es doch ein Janing strecken Kerl.“

Die Tage wurden kürzer, und später begann die Arbeit. Der Nebel zog vom See herauf und hing vor der Einsamkeit wie eine Wand. Verschwunden schien die Welt, und eine große, weiße Leere lagerte sich um das einsame Gehöft. Verdrücklicher noch als sonst, ein vierbeiniger Diogenes, lag Ali in seiner Tonne. Nebelnah, den Schwanz gegen sich, rottete sich das Geflügel an der Hausdecke zusammen, auf Körner wartend, bis Jürgen mit dem Stock zwischen sie fuhr. „Den ganzen Tag aus der Hand gefittet werden, das könnte euch passen. Geht hin und scharrt. Dalli.“ Er war sehr reizbar geworden und wie alle Reizbaren, häufig ungerade. Jede Nachlässigkeit, jede Beschädigung der Geräte entseffte einen Sturm von Scheltworten, gerade als ob all das, was an ihm riß und nagte und worüber er nicht sprechen konnte, in diesem Getöse einen Ausweg suchte. Er seufzte nach dem Sommer, wo unerbittlich drängende Arbeit den ganzen Tag beherrschte und man am Abend todmüde ins Bett stolperte. Jetzt ging man zur Ruhe, weiß einmal so Sitte war, und lag dann wach und grübelte. Es wurde Winter und dunkel, und Schweigen legte sich über das platte Land wie ein Vahrluch. Mit Laternen gingen morgens und abends die Knechte zum Vieh, und der rote Schein

Es geht nicht länger an, daß friedliche Bürger dem Revolutum schuldlos ausgeliefert sein sollen. Deswegen müssen Mittel und Wege gegen die häufigen Zusammenstöße politischer Parteien und Parteigruppen gefunden werden, zumal auch bei diesen sehr oft Unbedeutende in Mitleidenschaft gezogen und verletzt werden. Das Gefühl der Unsicherheit wird durch die Tatsache verstärkt, daß die Polizei in recht vielen Fällen die Schuldigen nicht zu ermitteln vermochte, um sie der Bestrafung zuzuführen. Die Polizei muß diesen Zuständen durch vorübergehende Maßnahmen und schärferes Eingreifen sowohl im Interesse der Bürger als auch im Interesse des Ansehens der Stadt Berlin ein Ende machen. Wir bitten deshalb dringend, sobald alle geeigneten Schritte zu unternehmen, um eine Besserung der unhaltbaren Zustände herbeizuführen. — Eine Abschrift dieses Schreibens ist dem Minister des Innern zur Kenntnis übersandt worden.

„Erschütterungen im Reichsbanner.“

Berlin, 19. April. Der ehemalige kommunistische, dann unabhängige und jetzt sozialdemokratische Abgeordnete Paul Levy hat in der von ihm herausgegebenen Monatschrift „Sozialistische Politik und Wirtschaft“ eine Kampagne gegen die Beteiligung des Zentrums am Reichsbanner eröffnet. Nebenbei wünscht er auch die Beseitigung der Demokraten aus dem Reichsbanner. Er läßt jetzt in seiner Korrespondenz den sozialdemokratischen Reichsbannermann Heinrich Teuber zu Worte kommen, der feststellt, es lasse sich nicht mehr vermeiden, daß die Organisation des Reichsbanners von tiefschenden Erschütterungen heimgesucht werde, die darauf zurückzuführen seien, daß die gegenwärtigen Führer „eine Diktatur zwecks Weiterverfolgung des jetzigen politischen Komplexes“ eingerichtet hätten. Im Ruhrgebiet seien fürzlich 18 Ortsgruppen des Reichsbanners ausgeschlossen worden, weil sie sich der Personalpolitik der Reichsbannerführung nicht hätten fügen wollen.

Krise in Japan.

Tanaka mit der Kabinettsbildung betraut.

Einer Meldung aus Tokio zufolge ist Baron Tanaka mit der Neubildung des japanischen Kabinetts betraut worden. Baron Tanaka ist seit 1923 der Führer der Seijukai. Er war Kriegsminister in den Kabinetten Hara, Takatschi und Yamamoto. Da Tanaka bisher eine schärfere Politik gegenüber China und England befürwortet hat, darf man darauf gespannt sein, ob in der japanischen Außenpolitik eine Aenderung eintreten wird. — Die jetzige Regierungskrise ist im übrigen weder direkt noch indirekt durch die chinesische Frage herbeigeführt worden, sondern lediglich durch die Finanzkrise.

Auslands-Rundschau.

Österreichs Wirtschaft für den Anschluß. Zuverlässigen Nachrichten zufolge ist in der österreichischen Industrie eine wachsende Bewegung für den Anschluß Österreichs an Deutschland im Gange. In wiederholten privaten Besprechungen haben führende Industrielle eine Denkschrift ausgearbeitet, in der die Notwendigkeit eines Anschlusses an Deutschland nachdrücklich betont wird, dürfte sie doch auf die handelspolitischen Verhandlungen der Wiener Regierung von größtem Einfluß sein. Bezeichnend für die Stimmung in der österreichischen Wirtschaft ist eine Aeußerung des Präsidenten der Industriellenkammer in der dieser erklärt: „Es spielt keine entscheidende Rolle, ob eine oder die andere Industrie durch den Anschluß leidet. Unsere Söhne sollen Mitglieder eines großen Staates sein und nicht mehr einem Lande angehören, das von rechts und links abhängig ist.“

tanzte neckisch neben ihnen her. Es hatte so etwas Eigenes, dieser Kampf der kleinen Menschen gegen eine alles umhüllende Macht. Am Fenster stehend verfolgte Jürgen den lustigen Schein. Wenn jetzt einer am Zaun vorbeigeht, wird er meinen: „Aha, der Hemmingshöfer ist wieder an der Arbeit,“ dachte er höhnisch. Eine unglückliche, zornige Bitterkeit auf alle und alles erfüllte ihn und ließ ihn wieder das Verberstete tun. Er trat aus dem Klub aus und aus dem Bund der Hoßbesitzer. Er wollte den Leuten nicht das Vergnügen bereiten, ihn schneiden und über die Achsel ansehen zu können. Er dankte ja überhaupt für sie. Er brauchte sie nicht. Es war nichts als Einbildung, daß der Mensch Gefelligkeit brauche. Wer schaffte den Ansiedlern im wilden Westen oder in der russischen Steppe „Gefelligkeit“? Sie hatten keine, und es ging auch so. Glanz und glanz es. Aber wenn des Abends schlechterdings die Wirtschaftsbücher erledigt waren, die letzte Zeile des Kreisblattens, die Marktpreise und Börsenberichte gelesen waren, was wars, das sich ihm lastend aufs Herz legte, das ihn umgab, wie eitel Unbehagen, anders als das Gefühl der Einsamkeit? In einem Dezemberabend machte er den täglichen Rundgang um das Gehöft. Es stöberte leicht, und es war schon dunkel, daß er die zwei Männer nicht mehr sah, die rüstig ausschreitend auf der Chaussee daherkamen, aber er hörte ihre Tritte und Stimmen. Und gerade, als sie am Zaun entlaugingen, sagte der eine lachend: „Das ist ja wohl der, der so papapö sein ganzes Gehöft warm abbricht.“

Das Blut schoß Jürgen siedendheiß zu Kopf. Kein Zweifel, die beiden sprachen von ihm, lachten über ihn. Er stürzte vor und schrie in das Dunkel hinein: „Halt, Sie da.“ Die beiden Wanderer, die es eilig hatten, hemmten den Schritt. „Ist da jemand? Wer rief?“

Aber Jürgen blieb leuchtend stehen und rührte sich nicht. Er sah plötzlich die ganze Lächerlichkeit und Nutzlosigkeit des Versuches ein, diese Fremden, die jede Beziehung auf ihn glattweg ableugnen konnten, zur Rede zu stellen. Der Wind hatte ihm die Worte zugezogen; der Wind würde sie auch weiterwehen. Heimlich, im Dunkeln, nicht zu fassen. Und selbst wenn er die Menschen hindern könnte, zu reden, er konnte sie nicht hindern, ihn in Gedanken seinen Platz anzuweisen. Als ihm am nächsten Tage Kinder begegneten, schrie ein Knirps ihm nach: „Züerböter.“ Der hatte das Wort von den Eltern gehört, und es hatte wenig zu bedeuten, daß Jürgen ihm eine Ohrspeise herunterhieb, daß er tanzte wie ein Brummkreisler.

Dann kam Weihnachten; das Fest, das alle Glücklichsten noch reicher und alle Einsamen noch einsamer macht. Auf Weihnachten hatte Jürgen sich im Sommer schon gestreut und hier und da in die Schausenster geguckt nach etwas Hübschem für Josephine. An Josephine durfte er jetzt überhaupt nicht denken. Dann wars ihm, als ob ein Gemisch aus Schmerz und Wut ihm die Brust zersprengte und als ob er tatsächlich

Vermischtes.

Niesenuntererschlagungen bei der polnischen Staatsbahndirektion in Danzig. In der Materialbeschaffungstelle der polnischen Staatsbahndirektion in Danzig sind Verunreinigungen festgestellt worden, die nach Mesurungen polnischer Mäster in die Hunderttausende von Zloty gehen. Der Abteilungsleiter, Masing, der im Zusammenhang damit beurlaubt worden war, hat sich mittlerweile nach Italien begeben.

Unfall bei einer Schießübung der französischen Flotte. Wie Sabas aus Lorient berichtet, hat ein Torpedobootzerstörer bei Nachübungen einen Schlepper in ein Kilometer Entfernung für das zu beschießende Ziel gehalten. Von 20 abgefeuerten Schüssen richteten drei an Bord des Schleppers erheblichen Schaden an. Menschen wurden nicht verletzt. Der beschädigte Schlepper wurde nach Brest geschleppt.

Der frühere französische Panzerkreuzer „Donaillon“ gehoben. Nach mehrjähriger Vernichtung konnte namentlich der frühere Panzerkreuzer „Donaillon“ gehoben werden. Der Kreuzer wurde im Jahre 1922 einer deutschen Firma verkauft, überließ aber, als er von Hamburger Dampfern ins Schlepptau genommen wurde, um das offene Meer zu erreichen.

Von einer Granate getroffen. In Langematt bei Ypern versuchten zwei Arbeiter die Kupferseite von Artilleriegeschossen zu entfernen, die sie auf dem ehemaligen Schlachtfeld gefunden hatten. Eine Granate explodierte. Die Körper der beiden wurden zerissen, ein dritter Arbeiter erlitt eine tödliche Verletzung durch Splitter.

Eine Hochzeitsgesellschaft im Auto verunglückt. Am zweiten Ostertag überfuhr sich in der Niederlausitz zwischen Finsterwalde und Ludau ein Lastauto mit einer Hochzeitsgesellschaft und begrub die Insassen unter sich. Sämtliche Teilnehmer wurden verletzt, zum Teil lebensgefährlich, nur die Braut blieb unverletzt. Eine der Verletzten erlag im Laufe des Abends ihren Verletzungen.

Vor den Augen seiner Frau tödlich verunglückt. Am Nachmittag des zweiten Osterfesttages ereignete sich auf der Berlin-Hamburger Chaussee in der Nähe des Dorfes Warnow ein schweres Automobil. Der Verwalter Werner Weiered aus Kölln, der sich mit seinem Motorrad auf der Fahrt von Stendal nach Kölln befand, wurde, als er wegen einer Panne hielt, von einem Kraftwagen vor den Augen seiner Frau überfahren und getötet. Der Führer des Wagens bremste so hart, daß das Auto gegen einen Baum geschleudert und schwer beschädigt wurde.

Doppelmord in Chemnitz. Am Sonnabendnachmittag wurden in ihrer gemeinsamen Wohnung in der Josephinenstraße die 82jährige Witwe Richter und ihre ledige 63jährige Tochter ermordet aufgefunden. Mordmord kommt einschneidend nicht in Frage. Ein Verwandter der Ermordeten wurde als tatverdächtig festgenommen.

Am Grabe des Vaters tödlich verunglückt. Die 30jährige Frau Grebel aus Schöneberg besuchte das Grab ihres Vaters auf dem alten Friedhof zu Potsdam. Sie war gerade dabei, Esterlilien auf das Grab zu pflanzen, als der Schwanz von einem Baum einen Ast herunterschleuderte, der die Kniekehle traf und ihr die Schädeldecke zerrümmerte. Sie war sofort tot.

Bluttat eines Siebzehnjährigen. In Süchteln, Kr. Kempen, im Krankenhaus stahl ein noch nicht 18jähriger Junge einem 71jährigen Kranken nachts 60 Mark. Am folgenden Morgen durchschnitt der Dieb die Wäsche, weil er eine Entdeckung fürchtete, dem Bestohlenen die Kehle. Nach der Tat kaufte sich der Mörder einen Anzug. Er wurde verhaftet und hat die Tat eingestanden.

Gräberhändlung. In der Nacht zum Sonnabend wurden auf dem israelitischen Friedhof in Mörs etwa 28 Grabsteine umgeworfen und zum Teil zertrümmert. Von den Tätern fehlt jede Spur.

fähig sei, all das zu tun, was man ihm in der Gegend freundschaftlich zurante und noch mehr. — Am Tage vor dem Fest kam Pastor Wegener. Er war schon mehrmals auf dem Hof gewesen, aber es war Lorenzen immer geblieben, zur Hintertür hinauszuschauen. Heute mußte er ihm standhalten.

„Ich wollte doch mal nachsehen, was Sie eigentlich machen“, sagte der Pastor mit harmloser Freundlichkeit. Jürgen harter stehender Blick forschte. Kam der Schwarzrock, um ihn zu besperrigen? „Sehr liebenswürdig, Leib und Seele gesund vorzüglich“, sagte er in einem Ton, der hart an Unfreundlichkeit grenzte. Aber der vornehmene Gesehrte, den seine Dienboten mühelos bemogelten, war nicht zu täuschen, wenn einmal sein psychologisches Interesse erwacht war. Jürgen Lorenzens stämmiger Körper mochte gesund sein, seine Seele war wund, und er litt unter dem Scherengericht, das über ihn heranging. Er war nicht zu täuschen, als Jürgen dem kleinen Hängeschemel eine von des alten Eberhard Sprichsen Scherrflaschen entnahm und, wenn schon vergeblich, eifrig zum Trinken nötigte. „Prost! Am wohlsten fühlt man sich doch, wenn man halbwegs besoffen ist, Herr Pastor.“ Er war auch nicht zu täuschen, als Jürgen begann, düstige, sehr düstige Anekdoten zu erzählen, darunter eine von Lina Weerts, die nicht einmal in zivilisierte, geschweige denn in pastorale Gesellschaft paßte.

Den Arm auf die Sojalehne gelegt, die ruhigen Augen fest auf Jürgen gerichtet, hörte Wegener zu, ohne eine Miene zu verziehen, bis die steife Ungeberdigkeit sich erschöpfte. Ganz plötzlich geschah das. Lorenzen wurde still, und in stiller Gesicht trat wieder der gequälte Zug, der so vielen als ein Zeichen bösen Gewissens galt. Da stand der Pastor an. „Was werden Sie am Heiligen Abend beginnen“, fragte er so ruhig, als habe man sich bisher in der allerlandläufigsten Art unterhalten. „Wenn Sie nichts Besseres vorhaben, kommen Sie zu uns herüber. Besondere Genüsse kann ich Ihnen nicht versprechen, aber doch einen Karpfen, einen Tannenbaum und ein herzliches Willkommen.“

Es klang warm und gut und hätte Lorenzen beinahe bezwungen, aber schon schnellte sein Mißtrauen wieder auf. Besoffen war er nicht worden, aber wurde er nicht etwa bemißleidet? Schon als kleiner Junge war es ihm unaussprechlich gewesen, wegen eines verspielten Balles oder einer Beule bedauert zu werden. All seine Stachel richteten sich auf, wenn auch weniger steil als vorher. „Ich danke, aber ich habe in meinem Inspektorenamt die Kräfte zu Weihnachten immer unter fremdem Tisch sehen müssen, da freue ich mich um auf den eigenen Herd. Sie verstehen das wohl, Herr Pastor.“

Wegener drang dann auch nicht weiter in ihn und verabschiedete sich. Zu Hause fand er Ina beschäftigt, die kleine, schlank Tanne zu schmücken.

„Du kommst spät, Martin; ich beunruhigte mich schon. Hast Du ihn heute getroffen? Wie war er?“

(Fortsetzung folgt.)

Ämtliche Bekanntmachungen.

Die in Stolpmünde an der Wilhelmstraße belegene Baustelle Nr. 2 in Größe von 1560 qm soll im Wege des öffentlichen Ausgebots verkauft werden.

Dazu ist Termin auf **Mittwoch, den 27. April dieses Jahres, vormittags 12 Uhr** im Rathause, Zimmer 19 anberaumt, zu welchem Kauflustige hiermit eingeladen werden. Lageplan und Verkaufsbedingungen liegen im Rathause zu Stolp, Zimmer 19 zu jedermanns Einsicht aus.

Stolp, den 16. April 1927.
Der Magistrat.

Schrebergärten.

An der Schlawerstraße sind noch von sogleich einige Schrebergärten zu vergeben.

Näheres Rathaus, Zimmer 21.
Stolp, den 13. April 1927.

Der Magistrat.

Betrifft: Zahlung der Grundvermögens- und Hauszinssteuer.

An die umgehende Zahlung der Grundvermögens- und Hauszinssteuer für den Monat April an unsere Steuerkasse wird nochmals erinnert und binnen drei Tagen erwartet. Nach Ablauf dieser Frist werden die Rückstände ohne vorhergehende schriftliche Annahmung zwangsweise betriebsmäßig betrieben.

Eine Zustellung der Steuerzuschriften erfolgt nicht, dieselbe werden bei Zahlung der Steuer in der Kasse ausgehändigt.

Stolp, den 19. April 1927.
Der Magistrat.



Damen- und Herrenräder

Neueste Modelle 1927.

== Nur erstklassige Fabrikate. ==

Preise:

65, 75, 85, 95, 100, 110—135 Mark

Auf Wunsch Wochenraten von 4 Mk. an
Katalog kostenfrei

Paul Lange, Mittelstr. 46.

Unterstützt nicht die Hausbettelei durch Geldgaben, sondern kauft

Gutscheine der städtischen Volksküche

zur Ausgabe an Bettelnde.

== 12 Gutscheine kosten 1.— Mk. ==

und sind vorläufig zu haben.

A. Lemme & Co., Langestraße 64

Emil Wolsdorff Inh. Paul Hartmann, Markt 15

Paul Albrecht, Bahnhofstraße 15

Die Verwaltung der städtischen Volksküche.

W. Laenen, Stadtrat.

Vom Lager und in Werksladungen

empfiehlt:

Baumaterial: Ferranova (bester Edelputz), Pa. Oberischl Baustückfall, Portland-Zement, hydr. Sackfall, L-Träger, Stuckgips, Rohrgewebe, gußeiserne Stallfenster, Dachsalzziegel, Dachpappen, Steintohlenteer, Klebemasse, Dachlitt, Karbolinum, Holzleer, Tonröhren, Ton-Krippenschalen, Schweinetröge, Ferlektröge, Pferdetröge.

Brennmaterial: Niederl. Bricket, D.-S. Steintohlen, Hüttenlofs, Anthracit-(Eiform-) Bricket, Buchen-Kloben, auch als Herd- u. Ofenholz zerkl.

Düngemittel: Superphosphat 18%, Thomas-mehl „Sternmarke“, Kali und Kamit.

Wilhelm Moldenhauer

Triftstr. 41

Telephon 153



Singer Nähmaschinen sind vorbildlich u. sollten in keinem deutschen Haushalte fehlen

Sie werden von Grund auf aus deutschem Material von deutschen Arbeitern in unserer Fabrik in Wittenberge Bez. Potsdam hergestellt

8000 Arbeiter und Angestellte

Singer Nähmaschinen Aktiengesellschaft

Stolp i. Pom., Mittelstrasse 5.

Aufruf.

Der evangelische Verband für die weibliche Jugend Pommerns, welcher die evangelischen Jungfrauen- und Jungmädchervereine zusammenfasst, will am 28., 29. und 30. Mai in Stolp seine Provinzialtagung abhalten. Der Zweck der Veranstaltung ist, der Bevölkerung Wesen und Ziele evangelischer Jugend vor Augen zu führen, und die jungen Mädchen in ihrem inneren Leben zu fördern. Es werden 500—600 Teilnehmerinnen von auswärts erwartet, und wir richten an die Bewohner der Stadt die herzliche Bitte, Quartiere zur Verfügung zu stellen. Es handelt sich dabei nur um Logis und Morgentasse, da bei den übrigen Mahlzeiten gemeinsam gegessen wird. Angebote werden bis spätestens 10. Mai schriftlich erbeten an

die evangelischen Pfarrämter,
an folgende Damen des Ortsausschusses:

Frau Präsident Kleinig, Blumenstraße 26 (für den Vaterländischen Frauenverein); Frau Baurat Humberg, Bahnhofstraße 8 (für die evangelische Frauenhilfe); Frau Studienrätin Schönrock, Poetensteig 1b (für den Deutsch-evangelischen Frauenbund); Schwester Emma Wegner, Wallstraße 7 (für den evangelischen Jungfrauenverein) oder

an den Magistrat, Rathaus Zimmer Nr. 35.

Alles weitere wegen der Quartiere wird alsdann vom Magistrat geregelt werden.

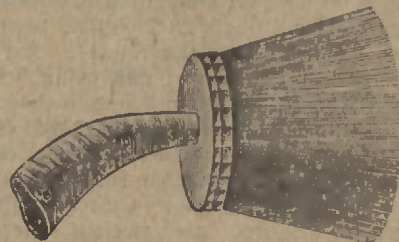
Stolp, im April 1927.

Der Verbands-Ausschuß.

Frau Näher-Stettin, Vorsitzende, Frau von Schwerin-Burg Spantekow, Christlichreue, Fräulein Mülden-Stettin, Fräulein von Köller-Stettin,

Der Ortsausschuß.

Pastor Hottke, Frau Bublitz, Frau Bung, Frau Frenzel, Frau Goede, Pastor Gehle, Frau Hüblich, Oberbürgermeister Hagenjaeger, Frau Hagenjaeger, Frau Heigendouff, Frau Humberg, Fräulein von Kleist, Frau Kleinig, Frau Krieger, Pastor Lamberg, Frau Moerner, Frau Döringer, Superintendent Blatke, Fräulein Blatke, Pastor Kuffe, Frau Konrektorin Salzwedel, Frau Studienrätin Schönrock, Frau Siegel, Fräulein von Sonntag, Pastor Spittel, Pastor Dr. Steffen, Schwester Emma Wegner, Superintendent i. R. D. Witte, Oberbürgermeister i. R. Zietke, Frau Zietke, Frau Zollfeldt.



Maurer-Quaste

sowie sämtliche Sorten

Pinself und Bürstenwaren

empfiehlt billigst

Karl Jach Nachf.

Inh. Hermann Wille

Bürsten- und Pinsel-Abteil Stolp i. Pom., Langestraße 7,
Telephon 1144.

Reparaturen

schnell, gewissenhaft, billig.

Uhrmacher C. Haar

Markt 19.



1/2 Pfund 50 Pfennig.

Stadttheater

Telephon 419.

Donnerstag, den 21. April
8 Uhr

Ehrenabend für Gerd Teller

„Paganini“

Operette von Behar.

Freitag, den 22. April
8 Uhr

Des beispiellosen Erfolges wegen nochmaliges letztes Gastspiel des Kammeränglers F. Reifinger

„Tosca“

Oper von Puccini.

Lehrling

für unser Kontor von sogleich gesucht.

F. W. Feiges Buchdruckerei

Sommerprossen

auch in den hartnäckigsten Fällen werden in einigen Tagen

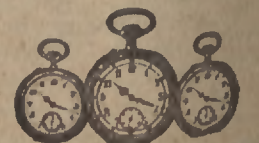
unter Garantie d. d. echte unschädliche Teintverschönerungsmittel Venus Stärke W (gef. gef.) beseitigt.

Keine Schattur. Nur zu haben bei:

Joh. Seb. Bach, Markt 25,
Germania-Drogerie

Hans Kaddak, Mittelstr. 44.

Uhren-



Reparaturen

sauberste und schnellste Ausführung.

== Billigste Preise. ==

Kunst

Uhrmacher

Holstentorstrasse 5.

F. W. Feiges Buchdruckerei

Stolp i. Pom.

Sernus 18 Präsidentenstr.

Anfertigung von

Drucksachen

aller Art

in schwarz und farbig